



FDP-Regionalfraktion Postfach 2160 71370 Weinstadt

Verband Region Stuttgart
Kronenstrasse 25

70174 Stuttgart

**FDP-Fraktion im Verband
Region Stuttgart**

Jürgen Hofer, Ronald Geiger, Dr. Wolfgang Weng,
Kai Buschmann, Gabriele Reich-Gutjahr,
Andreas Knapp, Albrecht Braun, Armin Serwani

Geschäftsstelle: Traubenstraße 3, 71384 Weinstadt
Telefon 07151 – 96 90 90
Telefax 07151 – 96 90 96
e-Mail: info@demokratie-online.de

14.10.2010

Antrag

Anfrage

Begrenzung des Flächenverbrauchs über die Einführung handelbarer Flächenzertifikate: Information und regionale Simulation

Sehr geehrte Damen und Herren,
die FDP-Fraktion stellt folgenden

Antrag

Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt,

1. der Regionalversammlung bzw. dem Planungsausschuss über das Konzept handelbarer Flächenzertifikate wie es der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung jetzt vorschlägt zu berichten
2. das Gespräch mit dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI in Karlsruhe zu suchen, um eine Simulation des Zertifikatehandels durch ein Planspiel innerhalb der Region Stuttgart durchzuführen

Begründung:

Nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 21.9.2010 schlägt der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung die Einführung handelbarer Flächenzertifikate zur Verringerung des Flächenverbrauchs vor. Hier wird offenbar eine landesweit einheitliche Regelung favorisiert, die durch einen Modellversuch in 50 bis 100 Gemeinden erprobt werden soll.

Das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI in Karlsruhe hat jetzt die Ergebnisse des Projekts „Spiel.Raum – Planspiele zum interkommunalen Handel mit Flächenausweisungskontingenten“ veröffentlicht (KATRIN OSTERTAG u.a.: Neue Instrumente für weniger Flächenverbrauch. Der Handel mit Flächenausweisungszerifikaten im Experiment, ISI-Schriftenreihe Innovationspotenziale, Stuttgart 2010). Mittels einer Softwareplattform wurde der Flächenhandel zwischen 14 Kommunen, vornehmlich aus Süddeutschland, simuliert, um Erkenntnisse über die Praxistauglichkeit dieses 1997 erstmals theoretisch auf Flächen angewendeten Modells zu gewinnen (entwickelt wurde die ursprüngliche Theorie des Handels mit Rechten 1967 von Harold Demsetz).

Die Teilnehmer an Spiel.Raum kamen nicht aus einem räumlichen Zusammenhang. Daher erwartet ISI zusätzliche Erkenntnisgewinne bei weiteren Studien, „wenn die Teilnehmer in der Realität in einem räumlichen Zusammenhang miteinander stünden“ (a.a.O., S.149). Insbesondere wird die Durchführung in *einem* Regionalverband für sinnvoll gehalten, um „auch Konkurrenz- und Verteilungsfragen zwischen Kommunen“ realistisch abzubilden (ebenda, S.150).

Die FDP-Fraktion hält diesen Vorschlag für diskussionswürdig, da die Praxis des Zertifikatehandels in Bereich der Emissionsrechte (Schwefeldioxyd seit 1995 in den USA, Kohlendioxid seit 2005 in der EU) zu deutlicheren Reduzierungen geführt hat als Regelungen über Verbote oder Besteuerungen. Durch den Effekt der „Vorwegabsicherung des Ziels“ (IRIS HOLLAND: Die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Ein Vergleich des Instruments der Handelbaren Flächenausweisungsrechte mit dem Instrument des Emissionsrechtehandels, Norderstedt 2006, S.24) hat sich der Zertifikatehandel im Bereich der Emissionen als effektiv erwiesen.

Der Zertifikatehandel erscheint auch als testwürdiger Ansatz, der das strukturelle Gegeneinander von Region und Kommunen bei der Diskussion um neue Flächenausweisungen bei jedem einzelnen Flächenutzungsplan auflösen kann. Beim Zertifikatehandel wird der Konflikt nur zu Beginn einer Ausgabeperiode grundsätzlich ausgetragen, im Verlauf einer Periode führen die Kommunen die Verhandlungen untereinander.


Laut dem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 21.9.2010 steht der Zertifikatehandel in einem Spannungsverhältnis zur Planungshoheit der Kommunen. Eine Teilnahme von Kommunen aus der Region Stuttgart an einem Modellprojekt erscheint deshalb besonders interessant, weil der Regionalplan 2009 bezüglich Flächenausweisungen den Kommunen besonders strenge Vorgaben macht. Zu untersuchen ist, ob sich über einen Zertifikatehandel mit dem so genannten Banking- und Borrowing-Verfahren (Aufsparen und Kreditaufnahme von Zertifikaten) der Handlungsspielraum der Kommunen gegenüber den momentanen Regulierungen nicht sogar erhöht. In diesem Zusammenhang kann auch ein Instrumentenmix von Planungsrecht und Zertifikatehandel in der Region und die Abgrenzung von regionalen Teilmärkten erprobt werden (siehe KARSTEN LOBSIEN: Ein System handelbarer Flächenausweisungsrechte – Was kann man aus dem CO₂-Handel lernen?, München 2007, S.21ff. u. 46ff.). Erprobt werden kann über die regionale Simulation auch, ob im Rahmen eines Zertifikatehandels „Ausgleichsverbünde“ von benachbarten Kommunen vorstellbar sind, die Probleme des Zentrale-Orte-Systems in der Region Stuttgart beseitigen helfen können (siehe Überlegungen zum „oberzentralen Kooperationsraum“ in Sitzungsvorlage Nr. 376/2007, S. 5f.). Schließlich

könnte geklärt werden, welche Form der Ausgabe von Zertifikaten sich in der regionalen Praxis mit welchen Konsequenzen bewährt (so genanntes Grandfathering-Verfahren nach historischen Verbrauchswerten oder Auktions-Verfahren mit Primärallokation nach Eigenentwicklungsbedarf und anschließender Sekundärallokation über Versteigerung).

Die FDP-Fraktion verweist auf die Begründung von Grundsatz 1.1.1. aus dem Regionalplan 2009. Dort heißt es (S.9): „Angesichts des bereits überdurchschnittlichen Verdichtungsgrades in der Region, der verfügbaren Flächenpotenziale sowie der langfristigen Prognosen zur Bevölkerungs- und Erwerbspersonenentwicklung hat ein sparsamer Umgang mit Siedlungsflächen eine besondere Bedeutung. In diesem Zusammenhang muss aber beachtet werden, dass die sparsame Flächennutzung nicht in Restriktionen umschlagen darf, die eine weitere Entwicklung der Region insgesamt hemmt.“ Es ist zu überprüfen, ob der Flächenzertifikatehandel im Rahmen eines Instrumentenmixes mit dem Planungsrecht nicht genau diese beiden Aspekte – sparsamer Flächenverbrauch und Abwehr von Restriktionen - erfüllen kann.

Mit freundlichen Grüßen


Jürgen Hofer
Fraktionsvorsitzender


Kai Buschmann